

Die Zeit.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

werden die Gesellschafter... Sonntag und Montag einmal.

Er scheint täglich einmal, Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braubergstr. 17; Nebenschriftstelle: Markt 24.

Nr. 234.

Halle a. S., Dienstag, den 21. Mai.

1912.

Mb. Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung, Montag, 20. Mai, 11 Uhr. Das Haus ist zur Besetzung der Abwesenheitsstellen...

Den Platz des Abg. Dr. v. Schenkendorf (Mittl.) der heute seinen 76. Geburtstag feiert, haben seine Kollegen...

Die Wahrscheinlichkeiten.

Die Wahrscheinlichkeiten sind folgende. Die Verhandlung seien die Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei und der National-Liberalen...

Die National-Liberalen beantragen unter Aufrechterhaltung des Bestandes eines einheitlichen, pluralistischen Wahlrechts...

Abg. Dr. Wiemer (W.).

In meine Anträge sollen Klarheit schaffen, ob hier eine Mehrheit für die Einführung der geheimen und direkten Wahl vorhanden ist. Über unsere Zustimmung gehen wir uns in keiner Weise aus...

Ich erwarte deshalb nicht, daß die Liberalen mit den Konventionen über die Grundzüge der Wahlreform einigen werden. Der Kern ist das freie Zentrum für möglich. Die Streuzug...

Wir wollen gar nicht, daß die einzelnen Einzelgehörigen in diesem Hause mathematisch genau betrachtet sind, aber eine kleine Gewerkschaft darf nicht darauf übersehen werden...

Wir glauben nicht, daß wir dazu da sind, um den Willen des Königs zu erfüllen, sondern um nach bestem Wissen und Gewissen unter der Aufsicht des Reichstages...

daß es rechtzeitig Reformen durchgeführt hat. Mit unserem Eintreten für eine Veränderung des Wahlrechts...

Die in letzter Zeit von sozialdemokratischer Seite gebrauchten verlebenden Ausdrücke gegen Freuen sind gesondert und zwecklos. Die Angriffe des Abg. Schenkendorf gegen Freuen...

Abg. Dr. Lohmann (Mittl.).

Wir stehen nicht vor dem Staupunkt, daß das heutige preussische Wahlverfahren reformbedürftig ist, und haben deshalb unseren Antrag eingebracht. Das indirekte Wahlverfahren...

Bei der Kritik des öffentlichen Wahlverfahrens muß man berücksichtigen, daß in unserem heutigen Leben die wirtschaftlichen Interessen vorwalten und sich infolge dessen ausbreiten...

Als die Wahlprologe im Jahre 1910 im Herrenhaus dahin geändert war, daß die direkte Wahl mit der Dreiteilung durch den ganzen Wahlzirkel verbunden war, erklärte der Ministerpräsident...

Wir glauben nicht, daß wir dazu da sind, um den Willen des Königs zu erfüllen, sondern um nach bestem Wissen und Gewissen unter der Aufsicht des Reichstages...

hott. Es muß immer und immer wieder ihre Aufgabe sein, an der Durchsetzung ihres Willens zu arbeiten.

Wir wollen die gesunden Grundlagen des preussischen Wahlrechts aufrecht erhalten. Wir denken gar nicht daran, das Reichswahlrecht...

Abg. Hirsch (Soz.).

(Zur Geschäftsordnung: Artikel 60, 2 der Verfassung lautet: Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. Kommt meine Freunde beantragen ich...

Abg. Dr. v. Heubrand (Kons.).

Ich kann keine Wichtigkeit dieses Hauses in der Angelegenheit der Ministerveränderung sehen. Nur der ganz übliche Vorfall, daß bei Verhandlung von Initiativentwürfen...

Abg. Dr. Kadnische (W.).

Es hat die Ministerfrage vollständig verdrängt und ist eine Frage von solcher Bedeutung. Wir können den Antrag Hirsch nur zurückweisen...

Abg. Hirsch (Soz.).

Ich sprach nicht von einer Wichtigkeit des Hauses, sondern von einer Wichtigkeit des preussischen Volkes. Das preussische Volk ist etwas ganz anderes als das Parlament...

Abg. Herold (Cent.).

Ich erwidere es auch für durchaus wahrscheinlich, wenn bei einer so wichtigen Angelegenheit wie der jetzigen das Ministerium betreten wäre. (Sehr richtig.) Aber andererseits ist in bezug auf diesen, daß die Regierung sich über die Wahlrechtsreform...

Abg. Dr. Friedberg (Natl.).

Auch meine politischen Freunde hätten es für ratsam gehalten, wenn die Regierung bei einem Antrage von dieser Wichtigkeit hier vertreten gewesen wäre. Da aber (Wiese bei der Soz. Arbeit)...

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or bleed-through.

Abg. Herr v. Hellwig (Freisinnl.):

Auch ich hätte es für räthlich gehalten, wenn die Regierung betreten werden wollte...

Abg. Geinert (Soz.):

Zwei Drittel der Wähler fordern eine Hebung des Wahlrechts und ein Drittel ist dagegen...

Wenn der Minister des Innern sich um das Königsthor nicht kümmert, so folgt er damit ja seiner alten Tradition...

Abg. v. Seydewitz (Kons.):

Es ist kaum ein Jahr her, daß wir über das preussische Wahlrecht hier verhandelt haben...

Abg. v. Hellwig (Freisinnl.):

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Abg. v. Hellwig (Freisinnl.):

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Abg. v. Hellwig (Freisinnl.):

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

trag aus in seiner gegenwärtigen Gestalt selber nicht die Möglichkeit für uns bietet...

Die Nationalliberalen erheben das ja nicht. Aber daß die Sozialdemokraten hierfür sind...

Die Weisung der Drillingen in den Unmaßbezirken hat den ersten Blick auch manches für sich...

Wir machen Ernst damit, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen...

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

schaff der Sozialdemokratie begeben, wo man es sich jetzt gestattet, eine bürgerliche Partei...

Die internationale Sozialdemokratie hat eben in Deutschland im Gegensatz zu den Genossen anderer Länder...

Unser Verbleiben muß dahin gehen, das bestehende Wahlrecht zu verbessern...

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit...

Sherrenhaus.

12. Sitzung, Montag, 20. Mai.

Im Ministerklub: Schow, Herr v. Schorlemer. Am 17. des Monats des Präsidenten zeigt der Vorsitzende den Beschlüssen.

Der Antrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen der Übernahme des maritimen Sees des oberrheinischen Seebereichs durch Preußen und der entsprechenden Ausgleichung Oldenburgs — Zulassung — wird genehmigt.

Die Staatsberatung.

(Zweiter Tag.)

Wem Etat der Anstellungs-Kommission findet eine Erweiterung nicht statt. Zur entsprechenden Beschäftigung.

Oberbürgermeister Dr. Wilmshofen:

Der Anteil des Grundbesitzes an polnischer Hand ist sehr gering. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, die Regierung zu zwingen, Maßnahmen zu ergreifen.

Minister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Graf Droste-Hülshoff:

Ich muß die Anstellungspolitik ablehnen. Sie ist weder gerecht noch zweckmäßig. Die Denkschrift wird für erledigt erklärt.

Staatsminister Dr. v. Stub:

Sehen vor Jahren beruhen wir auf dem Widerspruch, der in Großstädten, namentlich in Berlin, mit dem Revolver getrieben wird. Demals erlegte man uns, man müsse auf die berechtigten Interessen der Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Minister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Der Etat des Innern verlangt ein Antrag Graf v. Manthey, Dr. Köpfer, B. Köpfer 1. energische Bismarck-republikanischer Dänischer Verfassungsgesetzgebung unter Vermittlung nach Möglichkeit in der Behandlung der Heilmittel, 2. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung der Deutschen Reichsregierung.

Minister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Graf Droste-Hülshoff:

Ich muß die Anstellungspolitik ablehnen. Sie ist weder gerecht noch zweckmäßig. Die Denkschrift wird für erledigt erklärt.

Staatsminister Dr. v. Stub:

Sehen vor Jahren beruhen wir auf dem Widerspruch, der in Großstädten, namentlich in Berlin, mit dem Revolver getrieben wird. Demals erlegte man uns, man müsse auf die berechtigten Interessen der Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Minister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Der Etat des Innern verlangt ein Antrag Graf v. Manthey, Dr. Köpfer, B. Köpfer 1. energische Bismarck-republikanischer Dänischer Verfassungsgesetzgebung unter Vermittlung nach Möglichkeit in der Behandlung der Heilmittel, 2. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung der Deutschen Reichsregierung.

Minister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Graf Droste-Hülshoff:

Ich muß die Anstellungspolitik ablehnen. Sie ist weder gerecht noch zweckmäßig. Die Denkschrift wird für erledigt erklärt.

Staatsminister Dr. v. Stub:

Sehen vor Jahren beruhen wir auf dem Widerspruch, der in Großstädten, namentlich in Berlin, mit dem Revolver getrieben wird. Demals erlegte man uns, man müsse auf die berechtigten Interessen der Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Minister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Der Etat des Innern verlangt ein Antrag Graf v. Manthey, Dr. Köpfer, B. Köpfer 1. energische Bismarck-republikanischer Dänischer Verfassungsgesetzgebung unter Vermittlung nach Möglichkeit in der Behandlung der Heilmittel, 2. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung der Deutschen Reichsregierung.

Minister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Graf Droste-Hülshoff:

Ich muß die Anstellungspolitik ablehnen. Sie ist weder gerecht noch zweckmäßig. Die Denkschrift wird für erledigt erklärt.

reden. Gegenüber dem immer ärgeren Treiben der Sozialdemokratie immer wir auf Offensiv übergehen. Es ist kein Zweifel, daß der Reichstag nächstens eine sozialdemokratische Mehrheit erhält.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Die Verantwortung für alles, was hier geschieht oder unterbleibt, trägt das Reich. Die Denkschrift zeigt, daß die Anstellungspolitik seit 1911 ohne nennenswerte Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

bölkung kritischer als die deutsche ist. Die Temperamentsverine und auch dänische Agitationsliteratur. Schützen bin ich abhold. Aber eine feste Hand gebrauchen wir, um unsere deutschen Brüder zu beschützen zu können. Regen Sie aber auch einmal Ihre Erlaubnisse nach Nord-schleswig (Weiß).

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer: Sie teilen die Gefühle der Frau Dänemarks an der Höhe seines Reiches. Und ich freue mich, daß aus der heutigen Debatte alle ferngehalten werden ist, was als eine Erhebung der Staatsregierung, kann ich aber verhindern, daß ein energisches, zielbewusstes und andauerndes Eingreifen der Regierung unumgänglich notwendig erscheint. (Beifall.)

Sanktionsrat Dr. Reuber-Niel dankt dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, daß er sich in so warmer Weise seiner Heimatprovinz angenommen habe. Unterstaatssekretär Holt erklärt, daß die Regierung nicht daran denke, die Opiantenländer zu naturalisieren. Der Antrag Manthey wird einstimmig angenommen.

Ministerialdirektor Dr. Krüger: Ich beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter.

Ministerialdirektor Dr. Krüger: Ich beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter.

Ministerialdirektor Dr. Krüger: Ich beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter.

Ministerialdirektor Dr. Krüger: Ich beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter.

Ministerialdirektor Dr. Krüger: Ich beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter.

Ministerialdirektor Dr. Krüger: Ich beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter und beschränke die Reden auf die Besetzung der Ämter.

Mb. Deutscher Reichstag.

66. Sitzung, Montag, den 20. Mai.

Am Tische des Bundesrats: Bühn, Delbrück, Wahn-schaffe, Krieger.

Präsident Dr. Raemf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die Verträge mit Bulgarien,

Konkular-, Rechts- und Auslieferungsvertrag stehen zur Erörterung.

Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Krieger

bringt kurz die Vorlage ein mit dem Hinweis darauf, daß die Einigung Bulgariens mit dem Reichsvertrag über die internationale Behandlung der Ausländerrechte überaupt. Der Reuber gibt einige Anregungen, die sich auf Reformierung der Auslieferungsbestimmungen mit den Vereinigten Staaten beziehen und auf die Vereinigung der Wahlregulierung.

Abg. Dr. am Jahnhoff (Zentr.)

erläutert in der Geschäftsliste entsprechend kurzen Ausführungen die in Betracht kommenden Interessenten und betont, daß die Verhandlung der Ausländerrechte überaupt. Der Reuber gibt einige Anregungen, die sich auf Reformierung der Auslieferungsbestimmungen mit den Vereinigten Staaten beziehen und auf die Vereinigung der Wahlregulierung.

Abg. Dobe (Sp.)

gibt die Anregung zu Verhandlungen mit der Türkei. Diese soll veranlaßt werden, ihre Rechts- und prozessuale innere Gesetzgebung so zu gestalten, daß man allmählich auch dort von dem System der Kapitalisten zu vertragsmäßigen Abmachungen übergehen kann. Dem einstimmen ist ja das nicht möglich. Es ist zuzugewarten, daß die Türkei gegenwärtig wichtigere Sachen hat, als die Beförderung des inneren Rechtsaufbaues; demnach darf dieses Ziel nicht außer acht gelassen werden; die deutsche Regierung sollte ihre Beziehungen zu der Türkei in diesem Sinne denken.

Abg. Haale (Soz.)

Wir werden den Verträgen zustimmen, da sie gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt darstellen.

Ministerialdirektor Dr. Krieger:

Wir sind bemüht, mit den Vereinigten Staaten zu einem Einverständnis über den Vertrag zu kommen, der der modernen Technik mehr entspricht. Die Frage der einheitlichen Wahlregulierung beschäftigt uns auf das allererste und auch die anderen Mächte. Die internationalen Arbeitskreisläufe haben sich schon mehrfach damit befaßt, und die letzte Konferenz in London ist in einem Rahmen gekommen, monoton die gleiche. Die Vereinigten Staaten geteilt und angenommen ist; es soll die Einbeziehung des Erbrechts gewahrt werden. Die nächste Konferenz wird sich weiter damit befassen. Die Anregung des Herrn Dobe wegen der Türkei nehmen wir mit lebhaftem Interesse entgegen. Es wird uns Sorge sein, auch mit uns zu beschäftigen, dort das materielle Recht und Verfahren zu verbessern.

Abg. Stöde (Natl.):

Bulgarien hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit unter der leitenden Leitung seines Vaters zu einer Höhe herausgearbeitet, daß wir jetzt mit ihm Verträge abschließen können. Die einstimmige Annahme der Verträge durch den Deutschen Reichstag wird dem bulgarischen Volk zeigen, daß die deutsche Bevölkerung bereit ist, seine kühnsten Hoffnungen zu erfüllen und sie zu erfüllen und sie zu erfüllen und sie zu erfüllen.

Ein neuer Ergänzungsetat.

Zur Förderung der Aufschiffahrt werden 250 000 Mk. gefordert, ferner für den weiteren Ausbau des Reichsausschusses (Anlage von Reichsausschüssen) 7500 Mk.

